Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,60 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Geschäftsstelle, nehmen zu- Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 18 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 21. Januar 1933

Genf — Wien — Berlin.

Man kommt nicht vom Fleck — „Neutralisierung" Österreichs. — Der Kampf um den Reichstag.

„Die Dinge der Politik und der Diplomatie dürfen nicht mit dem Entfernungsmesser des täglichen Lebens gemessen werden", äußerte einmal vor Jahren auf den diplomatischen Zusammenkünften in Genf ein Politiker, der damals sogar Außenminister von Frankreich war. Der Mann hat insofern entschieden recht, als man bisweilen auch nicht einmal mit dem schärfsten Entfernungsmesser ein Vorwärtskommen der Dinge in Politik und Diplomatie feststellen kann, hat aber sehr unrecht darin, wenn er behauptet, es „dürfte" eben auch gar nicht anders sein. Die Japaner jedenfalls scheinen darüber ein bißchen undiplomatisch zu denken; um ihr politisches Vorwärtsdrängen wahrzunehmen, bedarf es nicht eines Entfernungsmessers. Und um die diplomatischen „Bedenken", den Völkerbund eingeschlossen, kümmern sie sich gar nicht. Heute sowenig wie überhaupt in dem und seit dem Augenblick, da ein „zufälliges" Eisenbahnattentat in der Mandschurei die japanischen Truppen zum Eingreifen und Angreifen „zwang". Das ist immerhin doch schon anderthalb Jahre her! Und selbst mit dem von Briand empfohlenen politisch-diplomatischen Entfernungsmesser — mag man ihn auch noch so genau einstellen und damit auch noch so scharf beobachten — ist nicht das geringste Fortschreiten in einer „dem Geist des Völkerbundes entsprechenden" Behandlung des chinesisch-japanischen „Konflikts" zu erkennen. **Man kommt in Genf nicht vom Fleck.** Auf jeden Versuch, über Reden und Ausschüsse wenigstens zu eindeutigen Entschließungen zu gelangen, antwortet Japan mit verschärften Drohungen in Genf und mit stärkerem militärischen Druck im Fernen Osten. England selbst wird solange keinen Finger rühren, als sich die Japaner nur in den „Außenbezirken" betätigen und noch nicht über das eigentliche China herfallen. Soviel ist den Engländern der japanische Freund und — Konkurrent immer noch wert. Amerika wieder würde auch noch eine gewisse Erleichterung verspüren, wenn der politische und vor allem wirtschaftliche Ausdehnungsdrang und -druck Japans im Gebiet des Stillen Ozeans vertagert wird hinüber nach der Mandschurei und Nordostchina. Und infolgedessen gibt es bei den Beratungen des 19er-Ausschusses in Genf nur ein Hin- und Hergezerre zwischen dem Völkerbunddiplomaten und den japanischen Politikern; jene wollen vermitteln, für diese aber gibt es nur eine Politik, nämlich die der Macht. Soweit ist die Diplomatie der Politik entgegengekommen, daß in dem vom Völkerbund vorgeschlagenen **Schlichtungsausschuß** Rußland und die Vereinigten Staaten — Japans Forderung gemäß — nicht vertreten sein sollen. Weil sie nicht Mitglieder des Völkerbundes seien! Und die klugen Diplomaten in Genf merken gar nicht, daß damit die japanische Politik das uralte römische „Divide et impera!" „Entzweie deine Gegner und du wirst sie beherrschen!" wieder einmal verwirklicht: Auf der einen Seite Japan, auf der anderen Seite die „Front" **Völkerbund-Amerika-Rußland.** So etwas könnte ja, wie Wippchen sagen würde, jene Hunde jammern, die das arme China als letztes Glied in der Reihe beißen werden.

*

„Divide et impera!" **„Entzweie deine Gegner und du wirst sie beherrschen!"** — das war ja auch seit Jahrhunderten die Methode der französischen Politik gegenüber allem, was deutsch ist. Gegen Frankreich mußte vor 62 Jahren Deutschlands Einigung erkämpft werden, und nach dem Zusammenbruch mußten wir mit Gut und Blut diese Einigung schwer genug verteidigen. Das Reich zersprengen zu können hat Frankreich nicht vermocht; große Stücke vom Reich abzusprengen gelang ihm besser. Wenn jetzt Gerüchte über gewisse Pläne auftauchen, man betreibe von Paris aus eine **„Neutralisierung" Österreichs**, das unter eine **internationale Garantie** des Völkerbundes nach dem Muster der Schweiz gestellt werden soll, so ist dies ein neuer Umweg zum alten Ziel: Trennung des Volks der Deutschen; heute: Weitere Erhöhung und Verbreiterung der in Versailles und St. Germain errichteten, immer von neuem wieder verstärkten **Trennungsmauer** zwischen Deutschland und Österreich. Man hat schon vor einiger Zeit allerhand flüstern hören von solchen französischen Plänen einer **„Neutralisierung"** Österreichs, die übrigens sich genau so wie bei der Schweiz allein schon dahin auswirken würde, daß das „neutralisierte" Land **keinerlei politische Verträge mit irgendeinem anderen Lande** abschließen dürfte. Und wenn auch noch so heftig dementiert wird, — hier trifft das sonst übertriebene und übertreibende Sprichwort zu: „Wo Rauch ist, da ist auch Feuer!" Denn derartige diplomatisch-politische Hintertreppen zu benutzen ist ebenso altgewohnte französische Methode wie es das dahinter auftauchende Ziel ist. Doch sollte man in Paris dabei nicht eines vergessen: Die Welt ist in letzter Zeit gerade von Frankreich und dem Völkerbund darüber eindringlich belehrt worden, welch' relativen Wert die „Heiligkeit der Verträge" besitzt.

Die Entscheidung abermals vertagt.

Reichstag am 31. Januar.

Der Beschluß des Ältestenrats:

Reichsparlament tritt am 31. Januar zusammen.

Der Ältestenrat des Reichsrats beschloß den Wiederzusammentritt des Reichsparlaments für Dienstag, den 31. Januar.

Über den Verlauf der Sitzung des Ältestenrates, deren Beginn um eine Stunde verzögert wurde, werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Abg. Dr. **Frick** (Nat.-Soz.) stellte den Antrag, den Reichstag zusammentreten zu lassen, wenn die Möglichkeit gegeben sei, gleichzeitig mit der ersten Lesung des neuen Haushaltsplanes für 1933 eine politische Aussprache zu verbinden. Es sei dann damit auch eine geeignete Grundlage für die Verhandlungen des Reichstages gegeben. Dr. Frick sprach für diesen Fall auch die Bitte aus, daß die Vorlegung des Haushalts beschleunigt erfolgen möge.

Demgegenüber verwies der Kommunist Abg. **Torgler** auf die Erklärung des Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuß, daß sich die Vorlegung des neuen Haushalts ziemlich nahe bis an das Ende des jetzigen Haushaltsjahres herauzögern würde.

Abg. Dr. **Oberfohren** (Dtn.) wünschte eine baldige Klärung der politischen Lage, meinte jedoch, wenn eine so große Fraktion wie die Nationalsozialisten den Wunsch äußert, den Reichstagszusammentritt noch zu verschieben, müsse er sich diesen Wünschen anschließen.

Daraufhin wurde vom Zentrumsabgeordneten Dr. **Bell** vermittelnd beantragt, den Reichstag zum 31. Januar einzuberufen und

am 27. d. M. den Ältestenrat

zwecks Festsetzung der Tagesordnung zusammentreten zu lassen.

Staatssekretär Dr. **Planck** wies darauf hin, daß eine so schnelle Vorlegung des neuen Haushaltsplanes der Regierung nicht möglich sein werde. Die Reichsregierung halte es nach wie vor im Interesse der politischen Beruhigung des Landes und seiner wirtschaftlichen Gesundung für dringend erforderlich, die politische Lage möglichst bald **unzweideutig zu klären.** Wenn der Reichstag noch eine Frist von einer Woche dazu benutzen wolle, die Mehrheitsverhältnisse im Parlament einwandfrei festzustellen, so vermöge sich die Reichsregierung dem nicht zu widersetzen. Sie selbst sei natürlich an derartigen Verhandlungen **nicht interessiert.**

Auf die Frage von seiten des kommunistischen Abg. Torgler, ob die Reichsregierung in einer längeren Vertagung des Reichstags eine Tolerierung durch das Parlament sehen würde, erwiderte der Staatssekretär, auch bei einer Vertagung für längere Zeit halte die Regierung eine unzweideutige Klärung der politischen Lage für unbedingt erforderlich.

Diese Erklärung legte der Abg. Löbe (Soz.) dahin aus, daß die Regierung in einer solchen Vertagung also ein **Billigungsvotum** sehen würde.

Schließlich wurde der Zentrumsantrag mit den Stimmen der Antragsteller, der Nationalsozialisten, der Bayerischen Volkspartei und der Technischen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Ein Antrag der **Nationalsozialisten**, den Reichstagspräsidenten **Göring** zu ermächtigen, die nächste Sitzung selbst einzuberufen, sobald der Etat des Haushalts für 1933 dem Reichstag vorliegt, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Dagegen wurde der Vermittlungsantrag des Abg. Bell, den Reichstag **am 31. Januar zusammentreten zu lassen, angenommen.**

Vertagte Entscheidung.

Der Beschluß des Ältestenrats des Reichstages schiebt die Entscheidung im innenpolitischen Kampf nochmals um acht Tage hinaus. Der Ältestenrat hat auch für die Sitzung am 31. Januar noch keine Tagesordnung festgesetzt, er wird vielmehr zu diesem Zweck nochmals am 27. Januar zusammentreten. In dem Kampf zwischen Reichsregierung und Reichstag ist **also nach wie vor alles offengelassen**, und man geht in der Annahme sicher nicht fehl, daß die neugewonnene Zeit eifrig dazu benutzt werden wird, um nach Möglichkeit vermittelnd zwischen Regierung und Reichsparlament zu wirken.

Wie bekannt wird, soll das Zentrum auch am Freitag Versuche gemacht haben, eine **Mehrheitsbildung** im Reichstag zustandezubringen. Viel beachtet wurde auch eine Besprechung, die der Zentrumsabgeordnete Dr. Brüning mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hilferding hatte. Doch soll es sich bei dieser Aussprache nur um die Festlegung des taktischen Vorgehen der Fraktionsvertreter des Ältestenrates gehandelt haben.

*

Reichregierung fordert endgültige Entscheidung.

Die nach dem Vertagungsbeschluß des **Ältestenrats** entstandene Lage wird in Kreisen der **Reichsregierung** mit Ruhe beurteilt. Gegen den achttägigen Vertagungsantrag anzugehen, so wird erklärt, habe kein Grund vorgelegen. Wenn die Regierung auch die baldige Klärung wünsche, so müsse sie doch darauf Rücksicht nehmen, daß die **verfassungsmäßigen** Möglichkeiten erschöpft würden.

Eines habe jedenfalls der Beschluß des Ältestenrats klar gezeigt, nämlich **die Scheu der Parteien vor der Auflösung.** Das zeige vor allem der Antrag der Nationalsozialisten, den Reichstag auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

In acht Tagen werde aber die Regierung die Entscheidung verlangen, ob man mit ihr arbeiten wolle oder nicht. Einer Fortsetzung dieses Vertagungsspiels seien dadurch Grenzen gesetzt, daß der Reichspräsident auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung die Möglichkeit habe, den Reichstagspräsidenten um Einberufung des Reichstages zu ersuchen. Dann könne der Reichstag zur Entscheidung gezwungen werden.

In einem solchen Falle müßte sich allerdings der Reichstag **selbst** die Tagesordnung geben. Die Regierung habe es aber **immer** in der Hand, sich zum Wort zu melden und ihre Erklärung abzugeben, es sei denn, daß von irgendeiner Seite **die sofortige Abstimmung** verlangt werden sollte. Würde dieses Letztere eintreten, nämlich sofortige Abstimmung ohne vorherige Entgegennahme der Regierungserklärung, so würde das natürlich die sofortige **Auflösung** des Reichstages zur Folge haben.

Wie weiter verlautet, hat der **Reichskanzler** seine Besprechungen mit den Parteiführern und Politikern **endgültig abgeschlossen.** Die Reichsregierung betrachtet sich daher an den Besprechungen, die in den nächsten Tagen im Reichstag zur Klärung der Mehrheitsverhältnisse geführt werden, **als nicht interessiert.**

*

Berliner Blätterstimmen zum Vertagsbeschluß.

Berlin, 21. Januar. Die **Kreuzzeitung** bezeichnet den Beschluß des Aeltestenrates, den Zusammentritt des Reichstages um eine Woche zu vertagen, als einen Verlegenheitsbeschluß. Der Kuhhandel gehe nun weiter. — Die **Börsenzeitung** hält es für durchaus denkbar, daß man am nächsten Freitag mittag vor derselben ungeklärten Lage stehe wie um die gleiche Stunde des Freitag. — Die **Vossische Zeitung** sagt, auf eine kurze Formel gebracht, bedeute der Beschluß des Aeltestenrates die Rückkehr zum politischen Stand vom November vorigen Jahres. — Der **Lokalanzeiger**

Die Empfehlung des „Entzweie deine Gegner" ist im **Kampf zwischen Reichsregierung und Reichstag** insofern überflüssig, als die Entzweiung im Reichstag ja gar nicht mehr geschaffen zu werden braucht, sondern immer da ist, manchmal in größerem, selten in kleinerem Umfange. Eigentlich ist es doch ein recht grotesker Gegensatz: Die Ausschüsse des Reichstages sind heftig an dem, was man dort „Arbeit" nennt. Aber der Zusammentritt des Plenums, also der alles erst entscheidenden Vollversammlungen, ist ein kritischer Punkt, an den man ungern herangeht. Man ist einem endgültigen Entschluß hierüber zweimal ausgewichen, und als am Freitag der Ältestenausschuß endlich zusammenkam, da konnte man immer noch mit dem russischen Worte sagen: „Äpfelchen, wohin rollst du?" Verhandlungen, Besprechungen, Vermittlungsversuche hatte es ja in Heimlichkeit und in einer Fülle gegeben, von der aus allein schon man auf den Grad der schweren Verlegenheit schließen kann. Taktik ist ja ganz was schönes, der eine versteht davon ein bißchen mehr, der andere ein bißchen weniger, aber im Reichstag ist das schon mehr ein — Tiktak wie bei der Uhr oder — um Fritz Reuter zu zitieren — „Hie geiht er hin, dor geiht er hin!" Eigentlich sollte der Reichstag am 24. zum goldbekuppelten Haus am Brandenburger Tor „hingeih'n", nun geiht er aber erst am 31. „dorhin".

Dr. Pr.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF